



SDA-Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 18. Januar 2020

Der Kantonsrat hat ein neues Mitglied des Obergerichtes gewählt ([KR-Nr. 483/2020](#)).

Der Kantonsrat hat der Fristerstreckung für die Berichterstattung und Antragstellung zu einer Motion von FDP, SVP und CVP diskussionslos zugestimmt. Mit der Motion wird gefordert, dass Gemeinden und Städte die Möglichkeit erhalten sollen, in ihren Bau- und Zonenordnung befristete Zwischennutzungen zu regeln ([5660](#)).

Der Kantonsrat hat die Abrechnung des Objektkredits für den Neubau des Radwegs entlang der Tösstal-/Wetzikerstrasse vom Rigiblick (Wetzikon) bis Bäretswil diskussionslos genehmigt ([5628](#)).

Der Kantonsrat hat ein von SP und FDP eingereichtes dringliches Postulat mit 100 zu 60 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt, mit dem kantonale Corona-Statistiken gefordert wurden ([KR-Nr. 416/2020](#)). Personen, die sich auf das Coronavirus testen lassen, hätten freiwillig und anonym Auskunft zu ihren Bewegungsmustern und ihren Tätigkeiten geben sollen. Befürworter des Vorstosses erhofften sich daraus neue Erkenntnisse zu den Ansteckungsherden.

Der Kantonsrat hat ein von FDP und SP eingereichtes dringliches Postulat mit 108 zu 58 Stimmen abgelehnt, mit dem die Einsetzung eines Covid-Beirats gefordert wurde ([KR-Nr. 417/2020](#)). Aufgabe des Beirats sollte die Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen zuhanden des Regierungsrats für wirtschaftliche Aspekte der Corona-Krise sein.

Künftig müssen alle Hundehalterinnen und Hundehalter im Kanton Zürich einen Kurs besuchen – nicht mehr nur die Besitzer von «grossen und massigen» Vierbeinern. Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung dem Hundegesetz mit 134 zu 19 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt ([5541](#)). Die Vorlage untersteht dem fakultativen Referendum.

Der Kantonsrat hat die von der CVP eingereichte kantonale Volksinitiative «Raus aus der Prämienfalle» mit 90 zu 75 Stimmen abgelehnt ([5585](#)). Nun muss das Stimmvolk darüber entscheiden. Mit der Initiative wird gefordert, dass der Kanton seinen Anteil an der Krankenkassenprämienverbilligung auf mindestens 100 Prozent des Bundesanteils anhebt. Dadurch soll die Prämienlast von Personen und Familien mit eher tiefen Einkommen gesenkt werden.

Der Kantonsrat hat der Abschreibung eines von der SP eingereichten Postulats zur Stärkung der hebammengeleiteten Geburtshilfe zugestimmt, nachdem der Regierungsrat einen ergänzenden Bericht dazu vorgelegt hatte ([5424](#)).

(sda)